

# N i e d e r s c h r i f t SOZ/019/2008

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Sozialausschusses der Stadt Rheine  
am 03.06.2008**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:20 Uhr im Mehrgenerationenhaus des Kinderschutzbundes, (Haus ohne Barrieren), An der Stadtmauer 9..

## **Anwesend als**

### **Mitglieder:**

Herr Antonio Berardis	SPD	
Frau Christel Brachmann	CDU	
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	
Frau Christa Gieseke	CDU	bis 18:55 (TOP 11)
Herr Alfred Holtel	FDP	
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD	
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Wilhelm Stegemeyer	CDU	
Herr Friedel Theismann	CDU	
Frau Annette Tombült	CDU	
Herr Hartmut Wehr	CDU	
Herr Ludger Winnemöller	CDU	

### **Vertreter:**

Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Vertretung für Frau Barbara Meinert
--------------------------	-----	-------------------------------------

### **beratende Mitglieder:**

Herr Horst Erle	bis 19:05 (TOP 13)
Frau Anna Hölzen	
Frau Vivien Schöpker	

**Gäste:**

Herr Werner Althoff

Herr Dr. Hollwitt

**Verwaltung:**

Frau Angelika Hake

Herr Helmut Hermes

Frau Christa Heufes

Frau Ute Ehrenberg

Herr Ludger Schöpfer

Herr Henrik Mersch

**Entschuldigt fehlten:****Vorsitzende:**

Frau Ellen Knoop                      SPD

**Mitglieder:**

Frau Barbara Meinert                SPD

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Herr Theismann zunächst auf die zugestellte Nachtragsvorlage Nr. 259/08 -Kommunales Wahlrecht für Ausländer- und schlägt vor, die Vorlage als TOP 4.1 zu behandeln. Der Sozialausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

Anschließend stellt Frau Sundermann das Mehrgenerationenhaus des Kinderschutzbundes (Haus ohne Barrieren) vor und gibt einen Überblick über die angebotenen Leistungen sowie die bestehenden Verknüpfungen zu anderen Angeboten. Die Ausschussmitglieder stellen Fragen und sprechen ihren Dank für die bisher geleistete Arbeit aus.

**Öffentlicher Teil:****1. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung am 22.01.2008**

I/A/1430

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22.01.2008 gefassten Beschlüsse**

I/A/1450

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

**Gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 19.06.08**

Der erste Familienbericht für die Stadt Rheine soll am 19.06.08 in gemeinsamer Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. Der Bericht trifft Aussagen sowohl zur Situation von Familien in einzelnen Stadtteilen, als auch Aussagen zu Familien betreffenden Themen.

Außerdem soll in gemeinsamer Sitzung der Antrag der SPD-Fraktion „Sprachförderung von Kindern“ beraten werden.

**Haushalts- und Stellenplan 2008**

Der Rat hat den Haushalts- und Stellenplan 2008 - wie vom Sozialausschuss in seiner Sitzung am 22.01.08 empfohlen - ohne Veränderungen beschlossen.

**Mehrgenerationenhaus – Haus ohne Barrieren des Deutschen Kinderschutzbundes Rheine**

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 17.04.08 einstimmig beschlossen, dem Deutschen Kinderschutzbund Rheine eine städt. Zuwendung als Zuschuss in Höhe von max. 25.000,00 € jährlich zur Finanzierung der nicht gedeckten Kosten des Hauses ohne Barrieren zu gewähren.

**3. Informationen**

I/A/1570

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

## **Maßnahmen zur Umsetzung größtmöglicher Barrierefreiheit auf dem Bahnhof Rheine**

Die Deutsche Bahn AG hat in einem Schreiben Ende Febr. 2008 dem Beirat für Menschen mit Behinderungen mitgeteilt, dass noch im Jahr 2008 im Bahnhof Rheine zwei neue selbstfahrende Aufzüge erstellt werden. Nach Angaben der DB sind dann die beiden Bahnsteige behindertengerecht erschlossen und die Fahrgäste sind für das Erreichen der Bahnsteige nicht mehr auf Service-Mitarbeiter angewiesen. Die Nutzung des Bahnhofes durch mobilitätseingeschränkte Personen ist somit zukünftig grundsätzlich immer möglich.

## **Jfd-Beratungszentrum für Erwerbslose**

Den Antrag des Jugend- und Familiendienstes Rheine auf Förderung der Arbeitslosenberatungsstelle und des Arbeitslosenzentrums in Rheine hat der Sozialausschuss des Kreises in seiner gestrigen Sitzung abgelehnt.

Mit dem Antrag verfolgte der Jfd das Ziel, dass der Kreis Steinfurt als zuständiger Leistungsträger nach dem SGB II in die am 30.09.2008 auslaufende Landesförderung von jährlich 63.000,00 € einsteigt.

In der Begründung führte der Kreis dazu aus, dass er es für sinnvoller halte, die im System bestehenden Strukturen zu verändern bzw. zu verbessern, als eine weitere Beratungsstruktur vorzuhalten.

Auch die entsprechenden Angebote der GAB in Steinfurt und Ibbenbüren werden nach Wegfall der Landesförderung ihre Arbeit einstellen.

## **Stand der Gesetzgebung zum „Wohn- und Teilhabegesetz“**

Das Landeskabinett hat am 22. April 2008 den Entwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (WTG) gebilligt.

Mit dem Gesetz soll das Bundesheimgesetz für Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen der Altenpflege und der Behindertenhilfe in Nordrhein-Westfalen ersetzt werden. Es versteht sich als Schutzgesetz für die Bewohner in stationären Betreuungseinrichtungen der Behindertenhilfe und Altenpflege. Ältere und behinderte Menschen sollen in ihrer Betreuungseinrichtung als Lebensmittelpunkt selbstbestimmt ihren Lebensalltag gestalten und ihre Individualität leben können.

Die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem bisherigen Heimgesetz wurden vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zusammengefasst und werden dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Der Entwurf soll nun in den Landtag eingebracht werden mit dem Ziel, das Gesetzgebungsverfahren so voranzutreiben, dass dieses Gesetz zum Januar 2009 in Kraft treten kann.

## **Antrag zur Förderung der Umsetzung des 12-Punkte-Katalogs nach KOMM-IN NRW**

Auf den Projektantrag der Stadt Rheine im KOMM-IN NRW-Integrationsprojekt wurde nun vom Land ein Betrag von 40.000 € bewilligt. Das sind 80 % der errechneten Gesamtkosten des Rheiner Projekts. Die Restfinanzierung muss durch Mittel der Stadt, z. B. durch Personal- und Sachmittel, aufgebracht werden.

Das Projekt hat folgende Eckpunkte:

**Ziel 1:** Etablierung eines Monitoring-Systems,

**Ziel 2:** Konzeptionelle Weiterentwicklung der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die Geschäftsführung des Projekts, das ab sofort beginnt und bis zum 31.01.2009 abgeschlossen sein muss, liegt bei der Migrations- und Integrationsberatung der Stadt.

Ausführendes Gremium ist das Netzwerk Migration, genauer gesagt die Kerngruppe des Netzwerks (das sind Migrationsbeauftragter, Vorsitzender des Integrationsrats, Projektgruppe Migration, Caritas-Migrationsdienste, VHS). Die Kerngruppe soll für dieses Projekt um Fachleute zu den beiden o. g. Zielen erweitert werden.

## **Solidarfonds Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

Der Verwaltungsvorstand kam in seiner Sitzung am 15.05.07 zu dem Ergebnis, den Solidarfonds Krankenhilfe seitens der Stadt Rheine zu kündigen. Hintergrund dieses Beschlusses zur Kündigung des Solidarfonds war das nicht zustande gekommene Einvernehmen bei der Kostenbeteiligung nach dem SGB II und der damit verbundenen Mehrbelastung der Stadt Rheine ab dem 01.07.06.

Mit dem ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des SGB II für das Land NRW vom 19.06.2007 wurde zur Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden im § 5 die bisherige „Einvernehmensregelung“ durch eine „Benehmensregelung“ ersetzt. Das heißt, dass zugelassene Kreise durch Satzung im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden eine andere quotale Verteilung der Aufwendungen bestimmen können, wenn die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden 50 % nicht überschreitet. Dieser Teil des Änderungsgesetzes ist zum 01.01.2008 in Kraft getreten.

Der Kreis Steinfurt hat von dieser Regelung ab 01.01.08 Gebrauch gemacht, so dass die seinerzeit am Veto einer Stadt gescheiterte einvernehmlich Regelung nunmehr im Benehmen mit den Städten und Gemeinden als Satzung beschlossen wurde.

Aus Sicht der Fachverwaltung sollte die Stadt Rheine im Solidarfonds „Krankenhilfe für Asylbewerber“ verbleiben. Bereits in der Vorstandssitzung vom 15.05.07 wurde protokolliert, „dass das Vorgehen der Stadt Rheine die Folge des unsolidarischen Verhaltens der Stadt Tecklenburg sei. Die Kündigung sei lediglich eine Reaktion, keine Aktion.

Bei einer einvernehmlichen Regelung der Beteiligung an den SGB II-Kosten hätte es keine Kündigung gegeben.“

Nachdem auch der VV dem weiteren Verbleib der Stadt Rheine im Solidarfondes zugestimmt hat, wurde der Kreis Steinfurt entsprechend informiert.

#### **4. Informationen aus dem Integrationsrat**

I/A/2330

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

##### **4.1. Kommunales Wahlrecht für Ausländer Vorlage: 259/08**

I/A/2440

Frau Brachmann führt aus, dass die CDU-Fraktion die Notwendigkeit der Dringlichkeit nicht teilt. Auch bei Beschlussfassung in der heutigen Sitzung ist nicht davon auszugehen, dass alle notwendigen gesetzlichen Änderungen rechtzeitig zur Kommunalwahl 2009 abgeschlossen sind.

Weiterhin sieht die CDU-Fraktion Informationsbedarf zu folgenden Fragen:

1. Wie ist der Personenkreis der neu Wahlberechtigten genauer zu umschreiben?
2. Wie viele Menschen wären von einer Neuregelung in Rheine betroffen?
3. Was hält die AusländerInnen von einer Einbürgerung ab?

Herr Mau geht davon aus, dass alle Informationen für eine Beschlussfassung vorliegen bzw. bei der Verwaltung erfragt werden können. Aus seiner Sicht sollte der Sozialausschuss durch eine Beschlussfassung ein deutliches Zeichen gegen Rechts setzen.

Herr Dr. Kühn unterstützt für die SPD-Fraktion den vorliegenden Beschlussvorschlag. Rheine als integrationsfreudige Stadt sollte einen solchen Appell möglichst frühzeitig geben. Die Beschränkung auf Ausländer, die sich mindestens fünf Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, ist ausreichend. Die SPD-Fraktion sieht keinen weiteren Informationsbedarf.

Herr Holtel sieht Informationsbedarf hinsichtlich der Frage, welche Ausländer sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten (s. o. Frage 1).

Frau Ehrenberg stellt heraus, dass der zu beschließende Appell auf dem Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine fußt. Der Erfolg hängt wesentlich davon ab wie viele Kommunen sich beteiligen und wie schnell die Appelle abgegeben werden.

Herr Dörnhoff hält die Vorlage für unzureichend. Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich die Integrationsbemühungen der Stadt Rheine, jedoch sieht man aufgrund der fehlenden Informationen keine Grundlage für einen Beschluss.

Herr Berardis weist darauf hin, dass alle Informationen, die von der CDU-Fraktion eingefordert werden im Migrations- und Integrationkonzept der Stadt Rheine zu

finden sind. Ein Verschieben der Angelegenheit stellt aus seiner Sicht keine gute Integrationspolitik dar.

Frau Gieseke bittet um Beantwortung der Frage:

4. Was ist unter den erschwerten Bedingungen (2. Absatz) zu verstehen?

In der anschließenden Diskussion einigt sich der Sozialausschuss auf folgenden geänderten Beschluss:

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den vom Integrationsrat verabschiedeten Appell zum kommunalen Wahlrecht von Ausländerinnen und Ausländern zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, die aufgeworfenen Fragen in einer Ergänzungsvorlage zu beantworten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung**

I/A/3550

Ein Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen liegt nicht vor.

**6. Informationen aus dem Seniorenbeirat**

I/B/0100

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

**7. Informationen aus dem Familienbeirat**

I/B/0930

Frau Hölzen berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

**8. Heilpädagogische Frühförderung  
Vorlage: 222/08**

I/B/1166

Frau Walburga Hallbrügge-Schneider als Leiterin der heilpädagogischen Frühförderung stellt das Thema „Heilpädagogische Frühförderung“ vor. Sie geht dabei insbesondere auf folgende Punkte ein:

- Rückblick auf die vergangenen 34 Jahre
- Zielgruppe
- Prävention
- heilpädagogische und medizinisch therapeutische Maßnahmen
- Änderungen aufgrund der SGB IX - Novelle „Hilfen aus einer Hand“
- interdisziplinäre Diagnostik

Der Sozialausschuss stellt Fragen zum Thema Heilpädagogische Frühförderung und bedankt sich für die geleistete Arbeit.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen von Frau Walburga Hallbrügge-Schneider, Leiterin der heilpädagogisch-therapeutischen Frühförderung, zum Thema „Heilpädagogische Frühförderung“ zur Kenntnis.

## **9. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen - Mittelverwendung 2008 und 2009 Vorlage: 220/08**

I/B/2640

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und führt in das Thema ein. Als **Anlage 2** wird eine Übersicht der noch ausstehenden Maßnahmen beigelegt.

Herr Berardis stellt den als **Anlage 3** beigelegten Antrag auf kurzfristige Ausstattung aller städtischen Gebäude mit zusätzlichen visuellen Brandmeldern. Frau Ehrenberg erklärt, dass sie den Antrag zuständigkeitshalber an das Gebäudemanagement weiterleiten wird.

Es folgt eine kurze Diskussion im Sozialausschuss.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt auf der Grundlage der durch die Arbeitsgruppe „Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen“ (Umsetzung städtischer Baumaßnahmen) erstellten Prioritätenliste, die im Haushaltsjahr 2008 und in der Finanzplanung 2009 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von **204.000,00 €** wie folgt einzusetzen:

- Einbau eines behindertengerechten Aufzuges  
in der Overbergschule,  
Meisenstraße, 48431 Rheine  
(Investitionsbedarf laut Kostenschätzung – Anlage) **154.000,00 €**

- Barrierefreier Zugang zur Aufzugsanlage T4  
Tiefgarage-Rathauszentrum/Eingang/Ausgang  
im Bereich der Fa. Scholhölter  
(Kostenschätzung laut Zentrales Gebäude-  
management) **15.000,00 €**
- Pflasterung – Bodenindikatoren für sehbehinderte  
und blinde Menschen im Kreuzungsbereich Kardi-  
nal-Galen-Ring/Neuenkirchener Straße  
(Kostenschätzung laut FB Planen und Bauen) **35.000,00 €**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Handlungsperspektiven in der Offenen Seniorenarbeit  
- Neue Konzepte in der Begegnungsstättenarbeit  
Vorlage: 199/08**

I/B/3060

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und führt in das Thema ein.

Frau Tombült fragt, ob es seitens der jungen Alten (60 - 70 Jahre) einen konkreten Bedarf für eine Neukonzeptionierung der Begegnungsstätten für ältere Menschen gibt. Sie kann sich nicht vorstellen, dass Menschen, die zum Teil noch im Erwerbsleben stehen entsprechende Angebote nutzen werden.

Herr Dr. Kühn ist skeptisch, ob eine Kooperation zwischen den jungen Alten und den alten Alten stattfinden wird. Eine Identifikation mit dem Tagesstättenkonzept kann er sich für diesen Personenkreis nur schwer vorstellen. Aus seiner Sicht müssen Anreize für die jungen Alten geschaffen werden, die Einrichtungen zu nutzen. Außerdem müsste das Konzept auf den Stadtteil/Sozialraum ausgeweitet werden (z. B. Ausflüge, Besichtigungen etc.).

Herr Holtel weist darauf hin, dass sich die Sportvereine in Zukunft verstärkt um den angesprochenen Personenkreis kümmern und entsprechende Angebote aufnehmen werden. Der Kreissportbund ist in diesem Bereich sehr aktiv und unterstützt die Vereine. Herr Holtel sieht daher nicht die Notwendigkeit, die Altenbegegnungsstätten umzubauen.

Herr Berardis regt an, das Thema Altersarmut mit in dieses Konzept aufzunehmen.

Frau Brachmann sieht die Notwendigkeit für die geplante Neukonzeptionierung der Begegnungsstätten. Sie geht davon aus, dass bei einem entsprechenden Angebot die Nachfrage aus den Reihen der jungen Alten steigen wird.

Herr Dörnhoff geht davon aus, dass die bisherige „Komm-Struktur“ viele ältere Menschen nicht animiert, die Begegnungsstätten zu besuchen. Er schlägt vor, die älteren Menschen aufzusuchen und zum Mitmachen zu animieren.

Herr Mau schlägt vor, Ausländervereine in das Konzept einzubeziehen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Neukonzeptionierung der Begegnungsstätten zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den übrigen Akteuren diese Neuorientierung umzusetzen. Gleichzeitig soll sich die Stadt Rheine mit diesem Projekt um eine Anschubfinanzierung durch das Bundesprogramm „Alter schafft Neues – Aktiv im Alter“ bewerben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Einholung von Angeboten zur Erstellung eines Altenhilfeplanes für die Stadt Rheine  
Vorlage: 226/08**

II/A/0630

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage und führt in das Thema ein.

In der anschließenden Diskussion spricht sich der Sozialausschuss für die Einholung von Angeboten zur Erstellung eines Altenhilfeplanes für die Stadt Rheine aus. Es wird kritisch angemerkt, dass die beabsichtigte Einflussnahme auf die Planung und Errichtung von Altenhilfeeinrichtungen nicht funktionieren wird.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss erteilt der Verwaltung den Auftrag, Angebote für die Erstellung eines Altenhilfeplanes für die Stadt Rheine einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Umsetzung SGB XII  
- Zwischenbericht  
Vorlage: 213/08**

II/A/1530

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und führt in das Thema ein.

Frau Ehrenberg weist nochmals auf die stetig steigenden Fallzahlen hin. Sie macht deutlich, dass in absehbarer Zeit eine Personalanpassung in diesem Bereich erforderlich ist.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt den Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des SGB XII zur Kenntnis.

**13. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

II/A/1730

Aufgrund der Tatsache, dass es mittlerweile 19:00 Uhr ist, wird die Einwohnerfragestunde vorgezogen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**14. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)**

- **Entwicklungen 2007**
  - **Beteiligung der Kommunen an den Kosten des SGB II**
  - **Ausblick**
- Vorlage: 218/08**

II/A/1750

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und führt in das Thema ein.

Anschließend wird das unterdurchschnittliche Abschneiden der Stadt Rheine im Kreisvergleich diskutiert.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung des SGB II zur Kenntnis. Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**15. Anfragen und Anregungen**

II/A/2810

Herr Mau bemängelt eine Behinderung bei der Benutzung des Zebrastreifens zwischen dem McDonald's Restaurant und dem Borneplatz. Die Seite zum Borneplatz mündet auf einem Seitenstreifen, der von Motorrädern und Motorrollern zum Parken benutzt wird. Insbesondere für behinderte Menschen stellt das eine wesentliche Beeinträchtigung dar. Herr Mau bittet zu prüfen, ob durch bauliche Änderungen Abhilfe geschaffen werden kann.

**Ende der Sitzung:**

**19:15 Uhr**

---

Theismann  
stellv. Ausschussvorsitzender

---

Mersch  
Schriftführer